

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 8 66 846 pbbn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Walter Kolbow MdB zum vierzigsten Gründungstag der NATO: Zwischenbilanz und Perspektive.

Seite 1

Horst Niggemeier MdB zum Erfordernis, die nationalen energiepolitischen Interessen zu vertreten: Der EG-Kommission die Grenzen aufzeigen.

Seite 3

Dr. Jürgen Böddrich zu einer Agitprop-Sendung des Bayerischen Rundfunks: CDU-Pamphlet zu Drehbuch verarbeitet.

Seite 4

### Dokumentation:

Der bayerische SPD-Landesvorsitzende Dr. Rudolf Schöfberger MdB hat mit Blick auf die Angst von Edmund Stoiber vor einer „durchmischten und durchrassten“ Gesellschaft dargelegt, daß Bayern historisch der größte „Rassenschmelztiegel des alten Kontinents“ gewesen ist.

Seite 5

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

44. Jahrgang / 63

3. April 1989

### Vierzig Jahre NATO

#### Zwischenbilanz und Perspektive

Von Walter Kolbow MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Vor 40 Jahren, am 4. April 1949, wurde die NATO gegründet. Zwölf Staaten Europas und Nordamerikas unterzeichneten den Nordatlantik-Vertrag in der Erkenntnis, daß sie sich nur durch den Abschluß eines regionalen Verteidigungsbündnisses gegen die militärisch erstarkende Sowjetunion schützen konnten. Die Grundlage dieses Bündnisses war dabei das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung nach Art. 51 der UN-Charta.

Die Bundesrepublik wurde im Oktober 1954 zum Beitritt aufgefordert und am 9. Mai 1955 Mitglied der westlichen Allianz. Seitdem sind die Ziele der NATO auch unsere Ziele: Wahrung des Friedens, Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen, Zusammenarbeit zwischen den Staaten zur Lösung internationaler wirtschaftlicher und sozialer Probleme. Von vornherein wurde über ein militärisches Zweckbündnis hinaus eine demokratische Wertegemeinschaft angestrebt. Dieser Bündnisanspruch stand zumeist mit seiner Wirklichkeit in Einklang, obwohl an der Südflanke zeitweise Defizite bestanden und noch bestehen. Maßstab dabei waren die Grundlagen westlicher Demokratien: Wahlfreiheit, soziale Gerechtigkeit und Geltung der Menschenrechte sowie ein Höchstmaß an politischer Kultur.

Militärisch haben die feste Verpflichtung der Nuklearmacht USA für das Bündnis und die Erklärung aller Allianzstaaten zur gemeinsamen Verteidigung in der NATO zur relativen Stabilität im einst so instabilen Europa beigetragen. So gilt bei aller aktuellen Kritik an so manchen Bereichen der westlichen Sicherheitspolitik: die NATO hat durchaus Anlaß zu feiern, daß sie den Frieden in diesem vom Krieg so häufig heimgesuchten Erdteil erhalten hat. Daran hat auch die deutsche Sozialdemokratie ihren Anteil, als sie sich 1959 mit dem Godesberger Programm und 1961 mit der wegweisenden Rede von Herbert Wehner im Deutschen Bundestag zur Bejahung der Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis entschloß. Der wichtige Meilenstein in der Entwicklung der NATO,



die Einigung der Bündnispartner auf die neue strategische Konzeption der Flexiblen Reaktion und wichtiger noch, auf die künftigen Aufgaben der Allianz im Sinne der Empfehlungen des Harmel-Berichtes, nämlich gesicherte Verteidigungsfähigkeit und Dialog mit dem Osten zum Abbau von Spannungen, wurde 1967 schon mit sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung in der Bundesrepublik erreicht. Damit war wiederum ein Grundstein für die Akzeptanz der Ostpolitik Willy Brandts im Westen gelegt. Die Zielsetzung der NATO, stabile internationale Beziehungen als wesentliche Voraussetzung für eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa mit geeigneten Sicherheitsgarantien zu schaffen, brauchte so nie revidiert zu werden. Eine Leistung, die auch den drei sozialdemokratischen Verteidigungsministern Helmut Schmidt, Georg Leber und Hans Apel zu verdanken ist.

Daher gibt es im Westen keine bemerkenswerte politische Kraft gegen die Existenz der NATO. Politische Parteien, auch und gerade die SPD, streiten gelegentlich darüber, wie und wann, nicht aber ob die NATO stark sein sollte. Und selbst realpolitische Grüne und Euro-Kommunisten heben gegenwärtig häufiger die Bedeutung der westlichen Allianz hervor; denn die Westbindung der Bundesrepublik hat eben zur Öffnung für die politische Kultur des Westens geführt und Pluralismus, parlamentarische Demokratie und demokratische Verfahrensregelungen mehrheitsfähig gemacht. So werden Nutzen und Notwendigkeit des Bündnisses und seiner Partner nicht infrage gestellt; erst eine derartige Infragestellung wäre eine Krise.

Trotzdem steht heute die Allianz vor oder schon in einem Umbruch. Nicht nur wegen Gorbatschow, der für die NATO die größte Herausforderung darstellt, seitdem es sie gibt; sondern auch weil nationale Interessen aufgrund von innenpolitischen Entwicklungen in den Bündnisstaaten, in der Allianz zunehmend in Widerstreit geraten. Der Bedrohungsschwind aus dem Osten und ein Nationalisierungsprozeß in der NATO aktualisieren sich in der Modernisierungsauseinandersetzung über die nuklearen Kurzstreckenraketen. Es mag ja sein, daß die atomaren 88 Lance-Raketen irgendwann in den neunziger Jahren unbrauchbar werden. Sofern bis dahin für nukleare Kurzstreckenwaffen kein Abrüstungsabkommen erreicht sein sollte, wird man die Lance dann ersetzen können. Gegen die Kompensation aber mit Raketen knapp unter der Reichweite der gerade wegverhandelten INF-Mittelstreckenraketen unter dem Tarnwort von der angeblichen „Modernisierung“ müssen wir uns mit Nachdruck wehren.

Solche Reizthemen sind ebenfalls die Beseitigung der atomaren Gefechtsfeldwaffen, eine gerechtere Lastenverteilung im Bündnis, die Infragestellung der gegenwärtigen Strategie der Flexiblen Reaktion durch die der Gemeinsamen Sicherheit oder die zunehmende Zivilisationsunverträglichkeit von militärischen Einrichtungen der NATO durch Tiefflüge, Manöver und Landverbrauch mit spürbar negativen Folgen für die Akzeptanz der Allianz bei der Bevölkerung.

Trotz allem hat sich das Bündnis nicht überlebt; aber auch es braucht neues Denken und Handeln, am besten durch eine Abkehr vom zu militärischen Denken zur Rückbesinnung auf den politischen Anspruch der NATO. Dazu gehört die tatsächliche Gleichberechtigung aller Partner im Bündnis genauso wie das gleichzeitige Vorantreiben der westeuropäischen Integration und der gesamteuropäischen Zusammenarbeit. Die Verringerung der abwehrenden Aufgaben der NATO bei fortgesetzter Wandlung in Osteuropa und die Verstärkung ihres Gewichtes zur Herausarbeitung kooperativer Strukturen rücken dabei in den Bereich der politischen Verwirklichungsmöglichkeiten. Nur so werden die Herausforderungen der Zukunft durch das Bündnis bewältigt und Maßstäbe für neue Orientierungen gesetzt.

Zurecht heißt es daher im Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD:

„Gemeinsame Sicherheit bewirkt Entspannung und braucht Entspannung. Gemeinsame Sicherheit kann Bedrohungsängste abbauen, die Konfrontation der Blöcke und schließlich die Blöcke selbst überwinden. Bis dahin findet die Bundesrepublik Deutschland das ihr erreichbare Maß an Sicherheit im Atlantischen Bündnis, vorausgesetzt, sie kann ihre eigenen Sicherheitsinteressen dort einbringen und durchsetzen, auch ihr Interesse an gemeinsamer Sicherheit.“

Im Bündnis muß der Grundsatz gleicher Souveränität gelten. Das Bündnis muß voll verteidigungsfähig, strikt defensiv und entspannungsbereit sein. Der politische Wille muß über die Militärtechnik herrschen, nicht umgekehrt. Friede ist eine politische, keine waffentechnische Aufgabe.“  
(-/3.4.1989/vo-he/rs)

Der EG-Kommission die Grenzen aufzeigen

Zum Erfordernis, die nationalen energiepolitischen Interessen zu vertreten

Von Horst Niggemeier MdB

Der luxemburgische Regierungschef Jaques Santer hält kräftig die Sohle dagegen, wenn es um die Interessen seines kleinen Landes geht. Die 365.000 Luxemburger sind zwar nur mit sechs Abgeordneten in dem 518 Köpfe zählenden Europa-Parlament vertreten, aber ihre Regierung sagt unverblümt, was mit ihr in Europa geht und was nicht geht.

Just in dem Augenblick, in dem die Brüsseler EG-Kommission der Bundesregierung massive Auflagen zum Abbau der deutschen Kohlenförderung bis Ende 1993 ins energiepolitische Stammesbuch schrieb, wandte sich Ministerpräsident Jaques Santer in einem Zeitungsinterview scharf gegen die Absichten von Frankreich, der Bundesrepublik und der EG-Kommission, eine einheitliche EG-weite Kapitalertragsteuer auf Zinsserträge (Quellensteuer) einzuführen.

Dazu der Originalton des Luxemburger Regierungschefs:

„Wir halten die Quellensteuer nicht nur für überflüssig, sondern auch für wirtschaftlich schädlich. Wir sind absolut dagegen.“

Mal unabhängig von dem in Rede stehenden Sachthema - hier zeigt ein vermeintlich Kleiner gegenüber den vermeintlich Großen deutlich die Grenze auf, die Luxemburg aus Gründen des nationalen Interesses gezogen sehen will, wenn der Binnenmarkt auf den Weg gebracht werden soll.

Da drängt sich doch die Frage auf, wo der entschlossene Widerspruch der Bundesregierung gegen Brüssel bleibt, wenn es um die Sicherung der einzigen nationalen Energievorräte in der Bundesrepublik Deutschland geht?! Nein - von Bundeswirtschaftsminister Haussmann wissen die Gazetten zu berichten, daß er die Brüsseler Entscheidungen gegen die deutsche Steinkohle sogar begrüßt.

Der Verdacht, daß zwischen Brüssel und Bonn ein abgekartetes Spiel stattfindet, um die deutsche Kohlenförderung auf ein möglichst niedriges und damit vermeintlich problemloses Niveau zu bringen, wird durch diese Vorgänge nicht ausgeräumt. Ganz im Gegenteil.

Es ist an der Zeit, daß die Bundesregierung nun endlich in Brüssel bei der EG-Kommission und im Ministerrat unmißverständlich die Grenzen aufzeigt, die aus Gründen des nationalen energiepolitischen Interesses nicht überschritten werden dürfen. Der vorausseilende Gehorsam, den die Bundesregierung in der Energiepolitik in Brüssel bislang praktiziert hat, ist kein geeignetes Mittel, um den deutschen Steinkohlenbergbau - langfristig möglicherweise auch als Energiereserve für Europa - über die derzeitige Durststrecke zu bringen.

Wenn der Bundeskanzler die deutsche Kohle und ihre Existenzsicherung unablässig als „nationale Aufgabe“ verstanden wissen will, dann sollte er seinen Bundeswirtschaftsminister anweisen, in Brüssel entsprechend zu verfahren. Und dieser Wirtschaftsminister sollte auch vermeiden, seinen Parteivorsitzenden Otto Graf Lambsdorff Lügen zu strafen, denn selbiger hat noch im November 1988 den Bergleuten versichert: „Die FDP wird die deutsche Kohle nicht als Morgengabe des europäischen Binnenmarktes anbieten.“

In den Kohlerevieren steht die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Prüfstand. Was sollen die Menschen in den Revieren denn von der Politik noch halten, wenn es da ständig blumig vielversprechend heißt, die deutsche Kohle ist eine „nationale Aufgabe“ und keine „Morgengabe des europäischen Binnenmarktes“ und die existenzschädlichen Auflagen aus Brüssel werden widerspruchslos hingenommen. Bonn sollte bei Jaques Santer in Luxemburg nachfragen, wie man ein guter Europäer sein kann, ohne die nationalen Interessen zu vernachlässigen.

Schließlich kann es nicht so sein, daß die europäische Einigung auf der Grundlage bürokratisch-sturer Paragraphenreiterei entlang den Bestimmungen der EG-Verträge herbeidekreiert wird und dabei der originäre Sinn der europäischen Einheit verschüttet wird. Das von uns allen angestrebte Europa ist nur mit den vitalen Lebensinteressen der Völker und nicht gegen sie zu erreichen.

(-/3.4.1989/vo-he/rs)

CDU-Pamphlet zu Drehbuch verarbeitet

---

Agitprop-Sendung des BR hat Nachspiel im Fernsehausschuß

Von Dr. Jürgen Böddrich

Mitglied des Rundfunkrates des Bayerischen Rundfunks

Eine der unverfrorensten schwarzen Agitprop-Sendungen des Bayerischen Fernsehens wird Mitte April, nach der Osterpause, ein Nachspiel im Fernsehausschuß des Rundfunkrats haben.

Darum gehts:

Am Montag, den 6. März 1989, wurden in Berlin die Koalitionsverhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und der AL abgeschlossen. Zu diesem Anlaß veranstaltete das Bayerische Fernsehen in seinem Dritten Programm unter der Leitung von Günter von Lojewski eine Sondersendung, zu der auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Hiersemann, CSU-Generalsekretär Erwin Huber und der Landesvorstandssprecher der Grünen Michael Pfaffer, eingeladen wurden.

Obwohl am späten Nachmittag die Verhandlungsergebnisse der Berliner Koalition vorlagen, wurden diese den Zuschauern nicht präsentiert. Dafür wurde bis wenige Augenblicke vor der Live-Sendung ein sechsminütiges Schmierestück aufgezeichnet. Zwei Nachrichtensprecher, denen man ihren Mißmut deutlich ansah, mußten abwechselnd Zitate aus einem „Wahlprogramm“ der Alternativen Liste verlesen. In der Sendung angekündigt wurden diese dann als „Zitate - zusammengestellt von Winfried Böhm“.

Eine glatte Lüge. Nix von Böhm! Wie ein gründlicher Textvergleich jetzt ergab, stammten die Zitate nahezu aus einer „Dokumentation“ des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters, die dieser am gleichen Tag in Bonn verteilen ließ. Böhm, dessen eigenartiges journalistisches Verständnis noch aus der Berichterstattung über den seinerzeitigen Fall Langemann ungut im Gedächtnis ist, zeichnete für diese Dramaturgie allerdings verantwortlich.

Solch plumper Agitationsjournalismus ist inzwischen selbst beim sowjetischen Fernsehen verpönt. Wir werden die Programmverantwortlichen des BR fragen, ob es jetzt Usus wird, anstelle von eigenen Recherchen einfachheitshalber parteipolitische Pamphlete zu Drehbüchern zu verarbeiten.

(3.4.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

## DOKUMENTATION

## Rudolf Schöfberger: Eine Erwiderung an Edmund Stoiber

„So kann nur einer dahereden, der die bayerische Geschichte nicht kennt“, meint der Landesvorsitzende der bayerischen SPD, der Bundestagsabgeordnete Dr. Rudolf Schöfberger, in Anspielung auf die Angst des bayerischen Innenministers Edmund Stoiber vor einer „durchmischten“ und „durchrassten“ Gesellschaft in Bayern. Ein Blick in die Geschichte Bayerns - vor allem seines Teils zwischen Alpen und Donau - zeigt, so Schöfberger, daß dieses Gebiet „historisch betrachtet der größte Völker- und Rassen-Schmelztiegel des alten Kontinents“ gewesen ist: „Von allen Himmelsrichtungen sind Illyrer, Etrusker, Kelten, Germanen, Alamannen, Römer, Franken und Slawen jahrtausendlang auf die schwäbisch-bayerische Hochebene geströmt.“

Rudi Schöfberger hat - nicht nur für Edmund Stoiber - die Vielzahl der Völker und Rassen zusammengestellt, die entscheidend die heutige Bevölkerung Bayerns geprägt oder zumindest ihre Spuren hinterlassen hat. Sein geschichtlicher Überblick ergibt folgendes:

seit 12.000 v.Chr.	Illyrer und Verwandte der Schweizer Pfahlbauern;
seit 700 v.Chr.	Kelten, vermutlich Verwandte der Etrusker - kein Volk, ein „Volk von Völkern“;
500 v.Chr. bis 15 n. Chr.	die keltischen Hauptstämme Noriker und Vindeliker mit vielen Unterstämmen wie Estionen, Chattenaten, Alaunen;
113 v.Chr.	Kimbern und Ambronnen;
100 v.Chr.	elbgermanische Sueben;
ab 100 v.Chr.	nördlich der Donau: Germanen in Form der thüringischen Hermunduren, Naristen, Markomannen und Quaden;
16. v.Chr. bis 500 n.Chr.	Römer mit Besatzungssoldaten aus allen Teilen des römischen Weltreichs: Griechen, Syrer, Mesopotamier, Nordafrikaner und so weiter; sie bringen beispielsweise die Weinrebe, die Breze und die Zither mit, starke Vermischung mit Kelten und eindringenden Germanen;
162 n.Chr.	germanische Chatten;
166 n.Chr.	Markomannensturm über die Donau Richtung Süden;
ab 233 n.Chr.	Alamannen aus dem Westen;
ab 357 n.Chr.	germanische Juthungen;
ab 375 n.Chr.	Hunneneinfälle in germanischen Stammländern, Auslöser der Völkerwanderung;

ab 400 n.Chr.	Markomannen in breiter Front;
ab 406 n.Chr.	Alaunen, Vandalen, Sueben, Burgunder, Franken;
ab 500 n.Chr.	Ostgoten, Heruler, Rugier, Thüringer;
ab 508 n.Chr.	Bajuwaren aus Böhmen (die Namensgeber des späteren Bayern) mit einem starken markomannischen Kernstamm, im Gefolge weitere Sueben, Langobarden auf dem Durchzug nach Oberitalien, versprengte illyrische Osi;
600 bis 749 n.Chr.	iroschottische Mönche;
749 n.Chr.	Franken als Beherrscher der keltisch-römisch-germanisch-bajuwarisch-alla-mannischen Mischrasse;
ab 750 n.Chr.	Goten, von Südosten her slawische Karantanen (Kärnten);
900 bis 955 n.Chr.	Ungarn mit hunnisch-tatarischen Avari;
955 n.Chr.	nach der Schlacht auf dem Lechfeld Ansiedlung ungarischer Kriegsgefange-ner (zum Beispiel in Münsing am Starnberger See);
1.146 n.Chr.	weitere Ungarneinfälle;
ab 1229 n.Chr.	Juden;
1.440 n.Chr.	Hussiten bis Bamberg, Nürnberg, Straubing;
1.688 bis 1.724 n.Chr.	türkische Kriegsgefangene;
1.704 bis 1.724 n.Chr.	Panduren;
ab 1.799 n.Chr.	Pfälzer (pfälzische Linie des Hauses Wittelsbach);
ab 1.805 n.Chr.	Franzosen;
ab 1.850 n.Chr.	Tiroler, Ladiner und Italiener;
ab 1945 n.Chr.	Preußen, Pommern, Schlesier, Sudetendeutsche, Siebenbürger Sachsen, Banater usw.

(Anspruch auf Vollständigkeit wird nicht erhoben.)

(-/3.4.1989/vo-he/rs)

\* \* \*